



Direktion C – Beziehungen zu den Bürgern
Referat Beobachtung der öffentlichen Meinung

Brüssel 17/06/2013

Verehrtes Mitglied,

als Anlage erhalten Sie das zweite Jahr in Folge eine von der GD COMM (*Referat Beobachtung der öffentlichen Meinung*) und der TNS Opinion erstellte Analyse der Wahrnehmung des Europäischen Parlaments in den einzelnen Regionen Ihres Landes.

Diese aktualisierten Aufzeichnungen umfassen neue Fragen aus den Eurobarometerumfragen zu den Themen „Meine Stimme zählt in der EU“ und „in meinem Land“ sowie Aspekte in Bezug auf die Krisenbewältigung (individuelle und koordinierte Maßnahmen) und die Erholung des Wachstums.

Es sei darauf hingewiesen, dass diese interregionale Analyse aus einer Reihe von Fragen besteht, die im Parlemeter häufig gestellt werden. Es handelt sich dabei nicht um eine regionale Umfrage, sondern um eine Kombination der Ergebnisse von elf Eurobarometerumfragen zum Europäischen Parlament (*Parlemeter*), die in einem Zeitraum von etwa fünf Jahren (2007-2012) ausgeführt wurden.

Zu jeder Frage finden Sie die folgenden Informationen in Diagrammform.

➤ **Meine Stimme zählt:**

▪ **Meine Stimme zählt in der EU:**

- Vergleich EU27/Deutschland: **eine relative Mehrheit der Befragten in Deutschland stimmt zu, dass ihre Stimme in der EU zählt (48 % gegenüber 44 %)**. In der EU insgesamt ist lediglich eine Minderheit der Befragten dieser Auffassung (37 % gegenüber 55 %).
- Unterschiede zwischen den Bundesländern: Es gibt erhebliche Unterschiede zwischen den deutschen Bundesländern: In Hamburg (64 %) und Bremen (60 %) ist eine große Mehrheit der Befragten der Auffassung, dass ihre Stimme zählt. In Sachsen (30 %) ist dies bei weniger als einem Drittel der Fall.

- **Die Stimme Deutschlands zählt in der EU:**
 - Vergleich EU27/Deutschland: **Mehr als jeder achte Befragte in Deutschland ist der Auffassung, dass die Stimme seines Landes in der EU zählt** (83 % im Vergleich zu 63 % im EU-Durchschnitt).
 - Unterschiede zwischen den Bundesländern: Die große Mehrheit der Befragten in allen deutschen Bundesländern teilt diese Ansicht.

- **Kenntnis der Tätigkeiten des Europäischen Parlaments:**
 - Vergleich EU27/Deutschland: 30 % der deutschen Befragten glauben, dass sie über die Tätigkeiten des Europäischen Parlaments gut informiert sind (gegenüber 27 % in der EU insgesamt).
 - Unterschiede zwischen den Bundesländern: Die Unterschiede sind begrenzt. Der subjektive Kenntnisstand ist in Rheinland-Pfalz (38 %) am größten und in Thüringen (23 %) am geringsten.

- **Medienerinnerung:**
 - Vergleich EU27/Deutschland: **Die Medienerinnerung zum Europäischen Parlament ist mit 62 % in Deutschland größer als im EU-Durchschnitt (54 %).**
 - Unterschiede zwischen den Bundesländern: In jedem deutschen Bundesland kann sich eine absolute Mehrheit daran erinnern, in letzter Zeit etwas über das Europäische Parlament gehört oder gesehen zu haben (die Angaben schwanken zwischen 54 % in Hamburg und 71 % in Rheinland-Pfalz).

- **Wissen über die Funktionsweise des Europäischen Parlaments**

- **Über die Sitzverteilung der MdEP:**
 - Vergleich EU27/Deutschland: **eine relative Mehrheit der Befragten in Deutschland weiß, dass sich die Sitzordnung der MdEP im Parlament nach ihrer politischen Ausrichtung richtet** (38 % im Vergleich zu 40 % im EU-Durchschnitt). Über ein Drittel glaubt, dass sich die Sitzordnung der MdEP nach ihrer Staatsangehörigkeit richtet (34 % im Vergleich zu 38 % im EU-Durchschnitt).
 - Unterschiede zwischen den Bundesländern: **Zwischen den Bundesländern gibt es erhebliche Unterschiede:** In elf Bundesländern weiß die Mehrheit der Befragten, dass sich die Sitzordnung der MdEP nach ihrer politischen Ausrichtung richtet, wobei die höchsten Anteile in Hamburg (45 %) und Niedersachsen (45 %) zu verzeichnen waren.

▪ **Über die Wahl der MdEP:**

- Vergleich EU27/Deutschland: 53 % der Befragten in Deutschland wissen, wie die MdEP gewählt werden, im Vergleich zu 55 % im EU-Durchschnitt.
- Unterschiede zwischen den Bundesländern: Mit Ausnahme eines Bundeslandes gab eine Mehrheit in allen deutschen Bundesländern die richtige Antwort. Die Hamburger Bürger wissen am häufigsten, dass die deutschen MdEP direkt von den EU-Bürgern gewählt werden (80 %); Berlin ist das einzige Bundesland, in dem nur eine knappe Mehrheit die richtige Antwort wusste (43 % gegenüber 45 %).

➤ **Als Prioritäten empfohlene Maßnahmen:**

- Vergleich EU27/Deutschland: Obwohl **die ersten beiden von den Befragten in Deutschland genannten Prioritäten dieselben sind wie im EU-Durchschnitt** („Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“, 51 % in Deutschland, 50 % im EU-Durchschnitt; „Die Abstimmung von Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik“, 43 %, 32 % im EU-Durchschnitt, jeweils an zweiter Stelle), gibt es jedoch Unterschiede bei der Reihenfolge der anderen Punkte. Die Unterschiede zwischen dem nationalen Durchschnitt und dem EU-Durchschnitt liegen zwischen 1 bis 13 Punkten, wobei acht der zwölf Maßnahmen häufiger von den deutschen Befragten genannt werden als im EU-Durchschnitt.
- Unterschiede zwischen den Bundesländern: **Die Unterschiede zwischen den deutschen Bundesländern betragen zwischen 11 und 33 Punkten:** „Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ ist die in den deutschen Bundesländern am häufigsten genannte Maßnahme; Sachsen und Rheinland-Pfalz sind die einzigen Bundesländer, in denen „Die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ nicht an erster Stelle genannt wird (49 % bzw. 43 %, an zweiter bzw. dritter Stelle). Hier nannten die Befragten an erster Stelle „Die Abstimmung von Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik“ (51 % und 45 % im Vergleich zu 43 % im Durchschnitt in Deutschland).

➤ **Als Prioritäten empfohlene Werte:**

- Vergleich EU27/Deutschland: **In den Augen der Befragten in Deutschland wie auch im EU-Durchschnitt ist „Der Schutz der Menschenrechte“ der wichtigste Wert** (67 % in Deutschland, 57 % in der EU). Zu den drei am häufigsten genannten Werten gehören auch „Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union“ (36 %, 34 % in der EU) und „Gleichheit zwischen Männern und Frauen“ (34 %, 35 % in der EU). Die meisten Punkte werden in Deutschland häufiger als im EU-Durchschnitt genannt, mit zwei Ausnahmen: „Gleichheit zwischen Männern und Frauen“ und „Recht auf freie Meinungsäußerung“.
- Unterschiede zwischen den Bundesländern: Im Hinblick auf die Werte, die vom Europäischen Parlament verteidigt werden sollten, gibt es zwischen den Bundesländern große Unterschiede, die von 12 Prozentpunkten (für „Schutz von Minderheiten“) bis zu 30 Prozentpunkten (für „Gleichheit zwischen Männern und Frauen“) reichen.

- An erster Stelle: In **allen Bundesländern ist „der Schutz der Menschenrechte“ der Wert, der vom Europäischen Parlament am vordringlichsten verteidigt werden soll** (dies sagen zwischen 50 % der Befragten in Bremen und 77 % der Befragten in Thüringen).
- An zweiter Stelle: „*Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten*“ wird am häufigsten in Baden-Württemberg und Sachsen (44 % in beiden Bundesländern) und am seltensten in Thüringen (28 %) genannt.
- An dritter Stelle: „*Gleichheit zwischen Männern und Frauen*“ verzeichnet den höchsten Prozentsatz in Thüringen (48 %) und den geringsten in Bremen (18 %).

➤ **Die Rolle des Europäischen Parlaments:**

- Vergleich EU27/Deutschland: Die Mehrheit der Befragten in Deutschland möchte, dass das Europäische Parlament eine größere Rolle als derzeit spielt (46 %). Dieser Anteil liegt leicht unterhalb des europäischen Durchschnitts (49 %).
- Unterschiede zwischen den Bundesländern: In allen deutschen Bundesländern möchte eine Mehrheit der Befragten, dass das EP eine größere Rolle spielt. Die Befragten in Hamburg sind am häufigsten dieser Ansicht (63 %), während diese Meinung in Hessen (41 %), Bayern (41 %) und Schleswig-Holstein (40 %) weniger weit verbreitet ist.
- Trends EU27/Deutschland: In der jüngsten Umfrage **im November 2012 wollte eine absolute Mehrheit der Befragten in Deutschland, dass das EP eine wichtigere Rolle spielt** (54 %, das entspricht dem Ergebnis im EU-Durchschnitt).

➤ **Die Krise:**

▪ **Reaktionen auf die Krise: individuelle oder koordinierte Maßnahmen:**

- Vergleich EU27/Deutschland: **62 % der Befragten in Deutschland sind der Meinung, dass ihr Land angesichts der Krise besser geschützt wäre, wenn es Maßnahmen in Absprache mit anderen EU-Ländern einführt und umsetzt** (im Vergleich zu 56 % auf EU-Ebene).
- Unterschiede zwischen den Bundesländern: **In allen deutschen Bundesländern ist eine große Mehrheit der Befragten für koordinierte Maßnahmen**, wobei die Prozentsätze zwischen 56 % in Sachsen und 74 % in Hamburg schwanken.

▪ **Rückkehr zum Wachstum:**

- Vergleich EU27/Deutschland: 30 % der Befragten in Deutschland sind der Meinung, dass ihr Land schon jetzt zum Wachstum zurückkehrt; demgegenüber sind nur 12 % der Europäer der gleichen Meinung. 28 % der deutschen Befragten sind jedoch der Ansicht, dass die Krise noch viele Jahre andauern wird, im Vergleich zu 35 % auf EU-Ebene.
- Unterschiede zwischen den Bundesländern: **Zwischen den Bundesländern gibt es erhebliche Unterschiede**. Während eine absolute Mehrheit der Befragten in

Hamburg der Auffassung ist, dass Deutschland schon jetzt zum Wachstum zurückkehrt (52 %), glauben dies in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern lediglich 16 %.

- Trends EU27/Deutschland: **Im September 2011 war zum ersten Mal eine Mehrheit der Befragten in Deutschland der Ansicht, dass die Krise noch viele Jahre andauern wird** (33 % im Vergleich zu 41 % auf EU-Ebene), während 25 % der Ansicht waren, dass Deutschland schon jetzt zum Wachstum zurückkehrt (lediglich 8 % im EU-Durchschnitt).

Mit vorzüglicher Hochachtung



Jacques Nancy

Referat Beobachtung der öffentlichen Meinung
EPEurobarometer@europarl.europa.eu